

Votum von Christoph Spiess (SD) vom 19. Dezember 2012; Postulat Ueli Brassler (SD), Förderung des Zuzugs von Firmen mit schweizerischen Angestellten

Herr Präsident

Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Die Stadt Zürich bemüht sich in verschiedener Weise, u.a. über Einrichtungen wie die Stiftung "Greater Zurich Area", zusätzliche Unternehmungen zur Ansiedelung in Zürich zu bewegen. Man kann sich grundsätzlich fragen, ob das sinnvoll ist. Zürich ist ja nicht ein Randgebiet, das unter einem Mangel an Arbeitsplätzen oder unter galoppierender Abwanderung seiner Einwohnerschaft leidet. Zürich ist im Gegenteil ein Wirtschaftszentrum, das im Prinzip gemessen an seinem "Hinterland" schon viel zu gross ist. Die Agglomeration frisst sich wie ein Krebsgeschwür in die Landschaft hinein. Das Verkehrssystem ist überlastet. Das Gewicht der Agglomeration Zürich innerhalb der Eidgenossenschaft wird unvernünftig gross, was viele Menschen in anderen Landesteilen nicht gerade als freundeidgenössisches Gebaren empfinden. Nicht von ungefähr spricht man in der Bundespolitik nicht selten von einem "Anti-Zürich-Reflex". Das Anwerben von Firmen, die sich in der Stadt und Region Zürich niederlassen, wäre ja noch sinnvoll und verständlich, wenn damit für die rund 3 % Arbeitslosen, die es trotz allem auch bei uns gibt, Beschäftigung angeboten werden könnte. Die Erfahrung zeigt aber, dass die Schaffung von noch mehr Arbeitsplätzen nicht zur Integration der bereits hier lebenden, stellenlosen Schweizer und Ausländer ins Erwerbsleben führt. Es ist viel mehr so, dass die zuziehenden Firmen nur einen verstärkten Mangel an sogenannten "qualifizierten Arbeitskräften" bewirken. Ihr Kader bringen sie sowieso grösstenteils schon aus dem Ausland mit, und wir sollen dann unsere Infrastruktur so gestalten, dass es den Herrschaften auch wohl ist bei uns. Auch das übrige Personal wird zu einem grossen Teil im Ausland angeworben, ja muss dort angeworben werden, weil hier gar keine "passenden" Arbeitskräfte vorhanden sind und die Firmen es zwecks Kostenminimierung vermeiden, Arbeitslose anzustellen und für deren neuen Job auszubilden. Wieso auch, wenn im Ausland schon fertig ausgebildetes Personal vorhanden ist und mit dem hiesigen hohen Lohnniveau und aufgrund der Personenfreizügigkeit problemlos rekrutiert werden kann. Eine solche Art von Standortförderung bringt der einheimischen Bevölkerung (einschliesslich bereits hier ansässige Ausländer) rein gar nichts. Es gibt zwar mehr Steuersubstrat, aber mit der Bevölkerung wachsen auch die Kosten für die öffentliche Infrastruktur – finanziell ist das also für den Normalbürger bestenfalls ein Nullsummenspiel. Im übrigen besteht das Resultat einer solchen Politik in noch mehr Übervölkerung, noch mehr Landschaftszerstörung, noch mehr Übernutzungsdruck auf die Erholungsgebiete und noch mehr Gedränge, Hektik, Lärm und Verkehrschaos. Es drängt sich darum auf, dass wir uns selektiv nur um die Ansiedlung von Unternehmungen bemühen, welche zumindest

ganz überwiegend einheimische Arbeitskräfte beschäftigen und vor Ort auch von solchen geleitet werden. Wir danken Ihnen für die Unterstützung unseres Postulats.

Das Postulat wurde mit 2 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Auch die angeblich national denkende SVP stimmte geschlossen dagegen.